

| | | | |
|---------------------------|---|--------------------------|----|
| Protokoll: | Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart | Niederschrift Nr. | 62 |
| | | TOP: | 1 |
| Verhandlung | | Drucksache: | |
| | | GZ: | |
| Sitzungstermin: | 16.12.2022 | | |
| Sitzungsart: | öffentlich | | |
| Vorsitz: | BM Pätzold | | |
| Berichterstattung: | Herr Körner (S/OB), Herr Kohlmeyer (Stabsstelle Klimaschutz) | | |
| Protokollführung: | Herr Haupt / fr | | |
| Betreff: | Umsetzung des Beschlusses zur Klimaneutralität 2035 - Antrag Nr. 368/2022 vom 21.11.2022 (SPD), Umsetzung des Klimafahrplans 2035 - wann fangen wir endlich an? - mündlicher Bericht - | | |

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Dieser Tagesordnungspunkt (TOP) wird gemeinsam mit TOP 1a (NNr. 63) behandelt. Die Aussprache ist hier unter TOP 1 wiedergegeben.

Herr Körner (S/OB) betont, der Gemeinderat habe auf Vorschlag des Oberbürgermeisters die Klimaneutralität der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) bis zum Jahr 2035 beschlossen. Dies stelle ein sehr ambitioniertes Ziel dar und es sei vorteilhaft, eine Ambition zu besitzen, dieses Ziel auch dann erreichen zu können, wenn derartige technologische Sprünge und Fortschritte durchgeführt werden könnten. Ebenso hätten der Oberbürgermeister und der Gemeinderat der Verwaltung eine Reihe an Maßnahmen und Aufträgen mitgegeben. In der heutigen Sitzung wolle die Verwaltung über ihre Aktivitäten in den vergangenen viereinhalb Monaten berichten. Dies betreffe sich bereits erfolgreich in der Umsetzung befindliche Maßnahmen, aber auch Themen, bei denen noch Handlungsbedarf bestehe. Der Verwaltung sei es dabei wichtig, dem Gemeinderat

gegenüber transparent zu agieren. Daher wolle er ebenso berichten, welche Aspekte in der Bürgermeisterrunde in Bezug auf die städtischen Liegenschaften diskutiert worden seien. Die Verwaltung sei sehr stark an einem Austausch mit dem Gemeinderat interessiert, da lediglich auf diese Weise die Ziele erreicht werden könnten. Ebenso wolle die Verwaltung ihre Aktivitäten verbessern. Dabei sollten keine Schuldzuweisungen vorgenommen werden, sondern es gehe um ein konstruktives nach vorne gerichtetes Vorgehen. Unter diesem TOP sollten die beiden in der Präsentation aufgeführten Anträge behandelt werden (Antrag Nr. 368/2022 vom 21.11.2022 der SPD-Gemeinderatsfraktion: "Umsetzung des Klimafahrplans 2035 - wann fangen wir endlich an?" sowie Antrag Nr. 384/2022 vom 06.12.2022 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: "Mit Volldampf voraus: Durchsetzung der tatsächlichen Klimaneutralität 2035"). In den Ausführungen wolle die Verwaltung versuchen, auf den ein oder anderen Punkt der beiden Anträge einzugehen. Da die Präsentation sehr ausführlich gehalten sei, wolle er diejenigen Punkte zügig darstellen, die in der heutigen Sitzung nicht ausführlich behandelt werden müssten. Vielmehr wolle er sich auf zwei bis drei Punkte fokussieren: Zum einen solle ein Bericht erfolgen, was in Bezug auf die städtischen Liegenschaften vereinbart worden sei. Des Weiteren sollten Ausführungen zu den Organisationsstrukturen erfolgen, was in der Begründung des Antrags von Bündnis 90/DIE GRÜNEN sowie in dem Antrag der SPD-Fraktion enthalten sei. Hinsichtlich des von StR Peterhoff erwünschten Berichts zur Mobilität äußert Herr Körner die Bitte, diesen Aspekt im Januar nächsten Jahres zu behandeln.

Daraufhin berichten Herr Körner (Folien 1 bis 33) und Herr Kohlmeyer (Folien 34 bis 42) im Sinne der angehängten Präsentation.

StR Dr. Jantzer (SPD) lobt die ausführliche Berichterstattung. Lange Zeit sei im politischen Kontext über die Stadtwerke Stuttgart (SWS) diskutiert worden. Daher sei klar, dass die Frage der strategischen Aufstellung nicht allein in einer Sitzung festgelegt werden könne, sondern dass es sich ebenso um einen Prozess handle. Im Antrag seiner Fraktion sei bewusst eine klare Formulierung aufgeführt: "Umsetzung des Klimafahrplans 2035 - wann fangen wir endlich an?". Die Art der Arbeitsweise sei absolut entscheidend. In der Verwaltung seien hervorragend qualifizierte Mitarbeiter*innen beschäftigt. Allerdings sei eine Beschleunigung des Klimaneutralitätsziels von 2050 auf 2035 festgelegt worden. Daher müsse in allen Arbeitsbereichen klar herausgearbeitet werden, wie dieses Ziel erreicht werden könne. Auf seine Frage an Herrn Dr. Görres (AfU), was er anders gemacht hätte als im Net-Zero-Bericht dargestellt, habe dieser geantwortet, das Ziel soll nicht lediglich bis zum Jahr 2035 eine Reduzierung der Emissionen um 95 Prozent im Vergleich zum Jahr 1995 sein, sondern dies sollen 100 Prozent bis zum Jahr 2035 sein. Dieses stelle eine enorme Herausforderung dar und in der Stadtgesellschaft dürfe nicht kommuniziert werden, es werde wie bislang gehandelt, aber das Klimaneutralitätsziel werde um 15 Jahre vorgezogen. Gemeinderat und Stadtverwaltung müssten sich selber überzeugen, dass die Art und Weise des Herangehens dieses Ziel ermögliche. Oftmals werde der Politik vorgeworfen, sie setze Ziele und stelle hierzu Förderprogramme auf, aber die konkrete Umsetzung bleibe unklar. StR Dr. Oechsner führe stets aus, die Umsetzung der Maßnahmen solle nicht mit eigenen Ressourcen durchgeführt werden. Bei Durchsicht des Net-Zero-Berichts von McKinsey werde deutlich, dass die Aktivierung der Stadtgesellschaft ein Schlüssel sein werde. In Bezug auf die SWS sei am gestrigen Tag ein begeisterndes Programm aufgelegt worden, welches seines Zeichens suche. Rund 20 Prozent der Energiewende könne über die SWS gesteuert werden, was eine enorme Herausforderung darstelle. Der Anteil von 80 Prozent, welcher nicht über die SWS steuerbar sei, sei von der Interaktion

mit der Stadtgesellschaft und den Unternehmen abhängig. Dabei reiche es nicht aus, lediglich Bundes- und Landesförderprogramme zu nutzen, sondern die Stadt müsse selber zielführend vorgehen. Wie auch aus den Ausführungen von Herrn Kohlmeyer hervorgehend, werde keine externe Organisation benötigt, welche eine Prozessanalyse durchführe. Vielmehr bedürfe es des Know-hows von Personen, die derart große Herausforderungen unterstützten, damit sich die Stadt richtig aufstellen könne. Stets müsse von der Aufgabenstellung ausgegangen werden, um diese erfolgreich bewältigen zu können. Die Steckbriefe seien bislang noch nicht diskutiert worden, wobei er der Ansicht gewesen sei, dies hätte bereits im September geschehen sollen, so StR Dr. Jantzer. Wenn jede einzelne Herausforderung und Aufgabenstellung konkret umrissen worden sei, solle geprüft werden, wie dies mit der Organisationsstruktur bewältigt werden könne. Dies könne über Zielvereinbarungen und regelmäßige Berichte geschehen. Es sei positiv zu begrüßen, dass der Lenkungsausschuss reaktiviert worden sei, da dieser die Rahmenbedingungen kontinuierlich begleite. Schlussendlich finde die Wertschöpfung in Projektteams und Arbeitsgruppen durch die Interaktion mit Personen statt. Die Organisationsstruktur begleite dabei das operative Geschäft und es sei richtig, dass diese noch offen sei. Wichtig sei eine kurzfristig eingesetzte begleitende externe Unterstützung. Schlussendlich werde ein zeitnahes Projektcontrolling benötigt. Herr Körner ergänzt zum Plädoyer von StR Dr. Jantzer hinsichtlich einer agilen Projektstruktur, die Verwaltung werde diesen Gedanken für ihre jetzige und zukünftige Arbeit aufnehmen.

Es sei zu begrüßen, dass beide Anträge in der heutigen Sitzung auf den Weg gebracht worden seien, so StR Winter (90/GRÜNE). Ebenso positiv zu bewerten sei die erneute Aufnahme der Tätigkeit des Lenkungskreises, der eine wiederbelebte "Task-Force" darstelle. Das Vorziehen des Ziels der Klimaneutralität vom Jahr 2050 auf das Jahr 2035 sei ein enormer Schritt, der nun mit Leben gefüllt werden müsse. In Bezug auf die Mobilität werde ein weiterer Bericht im Januar und für das Thema Klimaanpassung im zweiten Halbjahr nächsten Jahres erfolgen. Das eine sei die interne Struktur: Hierbei solle das gemeinsame Ziel der Leitfaden darstellen und die Aufgaben müssten konkret definiert werden und es dürften keine Doppelstrukturen geschaffen werden. In Bezug auf die äußere Struktur müsse die Stadtgesellschaft eingebunden werden. Bei den städtischen Immobilien sei zwar das Ziel-Jahr 2030 zu begrüßen, allerdings betrage der Anteil lediglich vier Prozent. In den nächsten Wochen würde eine erhebliche Anzahl an Grundbescheiden verschickt. Er gehe davon aus, dass dieser Vorgang genutzt werde, alle Eigentümer*innen mit entsprechenden Informationen zu informieren. In Bezug auf PV-Anlagen bestehe derzeit viel Bewegung in der Stadt. Allein die PV-Anlage am Rathaus sei vor rund zwei Jahren auf eine völlig andere Art und Weise diskutiert worden. Hinsichtlich einer externen Untersuchung habe seine Fraktion darum gebeten, die genaue Zielrichtung einer derartigen Untersuchung aufzuzeigen. Wie von StR Dr. Jantzer ausgeführt, solle bei einzelnen Projekten eine externe Beschleunigung in Betracht gezogen werden. Für seine Fraktion stelle sich die Frage, mit den derzeit vorhandenen Strukturen wie dem Lenkungskreis zu arbeiten und für einzelne Projekte externe Unterstützung einzuholen. Falls in den nächsten Sitzungen die einzelnen Sektoren und Maßnahmen beleuchtet würden, sei dies der richtige Weg.

StR Sakkaros (CDU) betont, die Probleme seien erkannt worden und würden nun angegangen. Sollte es beispielsweise gesetzliche oder naturbedingte Veränderungen geben, könne jederzeit nachgesteuert werden. Herr Körner habe angesprochen, in den Abendstunden sollten mehr ÖPNV-Angebote geschaffen werden. Der Stadtrat gibt zu bedenken, dass diese Thematik ebenso die Schichtarbeitenden betreffe. Daher sollte ein verbessertes Angebot nicht lediglich in den Abendstunden, sondern ebenso in den

Morgenstunden geschaffen werden, damit die Schichtarbeitenden auf die Nutzung ihres Fahrzeugs verzichten könnten. Zudem seien mehr ÖPNV-Querverbindungen nötig, da derzeit überwiegend Sternverbindungen über zentrale Verbindungen vorlägen, was jedoch nicht funktioniere. Er persönlich müsse beruflich von Bad Cannstatt zum Porsche-Werk nach Zuffenhausen gelangen und hierzu dreimal umsteigen. Dies dauere eine dreiviertel Stunde, während die Fahrt mit dem Pkw lediglich knapp eine Viertelstunde umfasse. Herr Körner betont, bei den Beschlüssen zur Angebotsverbesserung des ÖPNV sei ein Prüfauftrag für den Abend- und Wochenendverkehr vereinbart worden. Er sagt zu, zusätzlich den Frühverkehr berücksichtigen zu wollen. Allerdings gibt Herr Körner den Hinweis, dass jegliche Angebotsausweitung mit Kosten verbunden ist. Im Gesamtfinanzierungssystem aus SWS, SSB und SVV komme die Stadt sehr rasch an ihre Grenzen.

Seine Fraktionsgemeinschaft habe das Thema am gestrigen Tag intensiv diskutiert, so StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). In Bezug auf die Organisationsstruktur (Folie 32 der Präsentation) müsse die Arbeitsgruppe Klimaschutz, Energie "**und Verkehr**" benannt werden. Ebenso sei auf dieser Folie der AKU nicht aufgeführt. Dies sei jedoch wichtig, damit eine regelmäßige Rückkopplung mit den Stadträtinnen und Stadträten sichergestellt sei. In Bezug auf Folie 38 betont der Stadtrat, es sei eine Klimakämmerei notwendig, die kontinuierlich das CO₂-Budget überwache und den CO₂-Haushalt kontrolliere. Ebenso werde ein Ausbau des Fuß- und Radverkehr sowie des ÖPNV benötigt. Zudem sei der Aspekt der Klimaanpassung auf der Folie nicht aufgeführt. Auf Folie 40 müsse der Personalbedarf konkretisiert werden. Dies betreffe sowohl die Kernstadtverwaltung als auch die Verwaltung der Eigenbetriebe wie die SWS als wichtigsten Faktor. Angesichts Folie 42 stelle sich die Frage, bis zu welchem Zeitpunkt die entsprechenden Ressourcen benötigt würden. Diese Information müsse idealerweise noch vor der Sommerpause vorliegen, damit in den Haushaltsplanberatungen der entsprechende Bedarf beschlossen werden könne. Herr Körner ergänzt, das Referat AKR bearbeite derzeit die Vorlage bezüglich der Organisationsstruktur und die Vorlage erfolge möglichst rasch im neuen Jahr. Herr Kohlmeyer betont, nach der Auswahl eines Beratungsbüros für eine externe Vergabe werde dessen Ausarbeitung vorgelegt. Dies umfasse mehrere Schritte, und das Ziel der Fertigstellung bis Sommer sei sehr ambitioniert.

In Bezug auf die von StR Urbat angesprochene Klimakämmerei betont Herr Körner, der Aspekt der CO₂-Bilanz werde sehr intensiv von der Abteilung Energiewirtschaft im Amt für Umweltschutz (AfU) abgedeckt. Dies zeige der Energie- und Klimaschutzbericht auf. Das Fehlen des AKU auf den Folien sei ein Versäumnis, aber es sei selbstverständlich, dass über wichtige Themen im AKU regelmäßig berichtet werde. Herr Körner stellt klar, die Arbeitsgruppe Klimaschutz und Energie sei nicht die Arbeitsgruppe Verkehr, die im Lenkungskreis "Nachhaltig mobil", in der alle Ämter vertreten seien und der Klimamobilitätsplan verhandelt werde, hervorragend arbeite.

StR Dr. Oechsner (FDP) äußert seinen Dank für die vollumfängliche Beantwortung der Anträge. Ebenso habe sich gezeigt, dass die Themen sehr intensiv bearbeitet würden. Eventuelle Defizite seien von keiner Seite verschuldet, sondern den Umständen geschuldet. Diese Ausführungen stoßen auf Zustimmung von Herrn Körner.

Falls ein funktionierendes digitales Ratsinformationssystem bestehen würde, so StR Ozasek (PULS), könnte die Fahrt zur Arbeit zur Sitzungsvorbereitung genutzt werden. Die Berichte hätten gezeigt, wie komplex sich die Aufgabenstellung gestalte, da

alle Aufgabenfelder der Stadtverwaltung, der Eigenbetriebe sowie der Beteiligungsgesellschaften berührt seien. Obwohl bereits zahlreiche Maßnahmen durchgeführt würden, bestünde noch ein großes weiteres Potenzial. Das praktische Projektmanagementsystem sei angesprochen worden, bei dem ein Verbesserungspotenzial bestehe. Ebenso flössen die Budgets nicht ab. Alles stehe und falle mit der Organisationsstruktur. In der Verwaltung würden zielorientierte und schlanke Prozesse sowie eine Adressierung von Entscheidungskompetenz benötigt. Seine Fraktionsgemeinschaft spreche sich gegen externe Beratungsfirmen wie McKinsey oder Ernst & Young aus. Vielmehr bestünden sehr gute "Top-Runner-Modelle", wie Kommunen und große Städte entsprechende Maßnahmen aufgesetzt hätten. Diese sollten berücksichtigt und für die LHS adaptiert werden. Ebenso wolle er den Begriff des Querschnittsreferats einspeisen: Zahlreiche Kommunen, wie beispielsweise Ludwigsburg, hätten hiermit sehr gute Erfahrungen gemacht und eine sehr große Agilität im Verwaltungshandeln hervorgebracht. Eine getätigte Aussage bezüglich der Fernwärme bezeichnet der Stadtrat als sehr schwierig. Die EnBW wolle mit ihrer Investitionsstrategie (Fuel Switch, US-Fracking-Gas) langfristig Erdgas verstromen und in Wärme umwandeln. Er halte es für ein ausgemachtes Märchen zu glauben, zu irgendeinem Zeitraum stünde in relevantem Maße und bezahlbar grüner Wasserstoff zur Verfügung, um den weiteren Fuel-Switch an erneuerbaren oder regenerativen Energieträgern zu vollziehen, so der Stadtrat. Das Stützen auf diese Strategie und die Aussage, hierbei in einer Partnerschaft agieren zu können, hält StR Ozasek für hochproblematisch. Vielmehr müssten andere Wege aufgezeigt werden. Mit dem Beratungsunternehmen Ramboll gehe die Stadt den Aspekt der geothermischen Potenziale an. Es bestünden Möglichkeiten, einen Wechsel in ein regeneratives Fernwärmesystem zu vollziehen. Die Aussage, man gehe den Weg EnBW mit und man verhalte sich als Stadt politisch nicht gegenüber der Fuel-Switch-Agenda sowie der Erdgas-Agenda, sei sehr problematisch. Herr Körner betont, die Verwaltung könne zwar die Skepsis gegenüber der EnBW nachvollziehen, allerdings sei das vorhandene Fernwärmenetz das größte Wärmenetz. Zudem sei bekannt, dass Wärmenetze bei der Energiebereitstellung die effektivsten Netze seien. Es bestehe ein klares Commitment der EnBW, bis zum Jahr 2035 klimaneutral werden zu wollen. Er bitte um Verständnis, dass die Verwaltung wenig andere Optionen besitze, als das vorhandene Netz zu nutzen und mit der EnBW sowie dem Land Gespräche zu suchen, so Herr Körner.

Das Thema "Seriell Sanieren" (Folie 16) sei lediglich sehr kurz behandelt worden, kritisiert StR Ozasek. Die auf dieser Folie aufgeführte Formulierung "Umsetzungskonzepte werden vom Amt für Umweltschutz gemeinsam mit Wohnbauunternehmen, EBZ und Hersteller entwickelt und hinsichtlich des Einsatzes in Stuttgart geprüft." sei unzureichend. Vielmehr müsse "Seriell Sanieren" in der LHS ein Wirtschafts-Cluster darstellen und sei ein Thema der Wirtschaftsförderung. Die SWS sei hierbei an strategischen Partnerschaften in Bezug auf die Geschäftsfeldentwicklung interessiert. Das Thema "Seriell Sanieren" solle im Großen betrachtet werden und nicht lediglich kleinteilig angegangen werden. Hinsichtlich des Themas Lenkungskreis und Fachbeirat fehle die SSB als Partner bei den Teilnehmenden. Zu dem Aspekt, wie der Gemeinderat und die Stakeholder im Fachbeirat beteiligt werden, merkt der Stadtrat an, die letzte Sitzung des Fachbeirats habe parallel zum Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen (WA) stattgefunden, der zeitgleich die Strategie der SWS erstmalig diskutiert habe. Derartige Terminkollisionen sollten unbedingt vermieden werden, damit den Vertretern der Fraktionen eine Teilnahme an den Sitzungen ermöglicht werde. In Bezug auf das bis Januar nächsten Jahres ausgeklammerte Thema der Mobilität schickt StR Ozasek vorweg, bei dem Maßnahmenpaket 9 und 10 (Reduktion Verkehr und Verlagerung) habe er große

Zweifel bei den notwendigen Umsetzungsschritten. Es müsse hierbei eine belastbare Strategie entwickelt werden und seine Fraktionsgemeinschaft erwarte hierzu konkrete Lösungsvorschläge zur sukzessiven Reduzierung des Fahrzeugverkehrs auf die notwendigen Zielbeschlüsse. Dies betreffe insbesondere den Cityring und das Verkehrsaufkommen insgesamt in der LHS. Abschließend äußert der Stadtrat die Bitte, die umfangreichen Foliensätze frühzeitiger zu verschicken, um eine bessere Vorbereitung zu ermöglichen. Herr Körner betont, die Folien seien am Dienstag verschickt worden, was schon sehr frühzeitig gewesen sei. Er bittet um Verständnis, dass es nahezu unmöglich sei, die Präsentation zu einem früheren Zeitpunkt zu verschicken.

StR Zaiß (FW) betont, "ins Tun kommen zu müssen". Angesichts der Tatsache, dass die SWS 20 Prozent der Energiewende bewältigen könnten, müssten die restlichen 80 Prozent von der Bevölkerung gestemmt werden. Daher sollte nicht die EnBW gescholten werden: Vielmehr sollten deren Aktivitäten hinsichtlich des Erreichens der Klimaneutralität begrüßt werden. Herr Körner betont, die SWS seien nun so aufgestellt worden, um "ins Tun kommen zu können."

In der Person von Herrn Körner werde deutlich, so BM Pätzold, dass eine Querschnittszusammenfassung in Bezug auf die Themen Klimaschutz, Mobilität sowie Wohnen bestehe. Im Bündnis für Wohnen werde das Thema Sanierung mit den Bündnisteilnehmern diskutiert. Es sei Aufgabe der Immobilienindustrie, wie der Aspekt der Sanierung umgesetzt werde. Hinsichtlich des modularen Bauens gehe es darum, wie die Bautätigkeit durch Module beschleunigt werden könne. BM Pätzold warnt allerdings davor, das serielle Sanieren als allein-selig-machend zu betrachten, da dies auch seine Grenzen besitze. Die 4,5 Prozent stünden in keinem Zusammenhang mit dem seriellen Bauen, sondern hänge von der Verfügbarkeit der Handwerksbetriebe und des Personals ab. Die Präsentation habe aufgezeigt, dass sich die Verwaltung auf einem guten Weg befinde. Das Thema Klimaschutz, Energieeinsparung und Sanierung werde in der Stadt bereits intensiv bearbeitet. Nun sei die Fragestellung in den Vordergrund gestellt worden, wie mit den vorhandenen Ressourcen die vorliegenden Aufgaben effektiv bewältigt werden könnten. Dabei gehe es um eine sich in den Aufgaben möglicherweise verschiebende Priorisierung. Die neue Energierichtlinie beinhalte eine klare Aussage im Bereich der Bauauflagen. Die Aufgabe der Verwaltung sei nun die Umsetzung der Priorisierung, wobei die personelle Ressource dabei endlich sei und nicht beliebig aufgestockt werden könne, da der Arbeitsmarkt für Fachkräfte leergefegt sei. Die Schwierigkeiten der Verwaltung, die offenen Stellen zu besetzen, seien offensichtlich. Die Verwaltung arbeite bereits lange Zeit ämterübergreifend. Ohne dieses Vorgehen hätten zahlreiche Aufgaben nicht bewältigt werden können. Beim Thema Klimaschutz besitze die Gebäudesanierung Vorrang vor dem Neubau von Gebäuden. Der Gemeinderat habe der Verwaltung bereits Aufgaben wie die Bearbeitung der Wärmeleitplanung erteilt. Die Bearbeitung werde sich nicht beschleunigen, wenn zwischenzeitlich ein Kurzfristprogramm umgesetzt werden solle, da das gleiche Personal, welches das eine Programm bearbeite, nun das Kurzfristprogramm umsetzen müsse. Sein Referat SWU sei erleichtert, dass durch das Referat S/OB nun der Lenkungskreis Energie und Klimaschutz wiederbelebt worden sei. Dies stelle einen wichtigen Beitrag dar, einige Themen verwaltungsintern voranzubringen. Ebenso betreffe dies den Lenkungskreis "Nachhaltig mobil", welcher auch verschränkt angelegt sei. Die Schwierigkeit bestehe vielmehr darin, die Fäden zusammenzuhalten. Ohne die Einbeziehung der städtischen Bürgerschaft könnten die Ziele nicht erreicht werden. In der LHS bestehe ein ausgezeichnetes Förderprogramm, auf das andere Kommunen mit Neid blickten. Nicht alle Haushalte verfügten allerdings über ein großes Vermögen. Strukturell besäßen viele private Besitzer ein oder zwei Ge-

bäude, die sich die Frage nach der Finanzierung einer Sanierung stellten. Die entscheidende Motivation hierzu sei durch die derzeit stark gestiegenen Energiepreise entstanden. Aktuell sei es jedoch schwierig, beispielsweise PV-Anlagen auf dem Dach installiert zu bekommen. Falls zum jetzigen Zeitpunkt eine PV-Anlage bestellt würde, werde diese möglicherweise erst in einem Jahr geliefert. In Bezug auf die Organisationsstruktur müsse darauf geachtet werden, keine Doppelstrukturen zu erhalten. Daher müsse die Anzahl der Gremien begrenzt bleiben. Vielmehr stelle sich die Frage, wie effektiv diese arbeiteten und in welcher Tiefe sie vernetzt seien. Die Umsetzung von Maßnahmen dürfe nicht bürokratisiert werden.

Herr Körner ergänzt, die geäußerte gewisse Skepsis bezüglich einer externen Vergabe hinsichtlich der Organisationsstruktur werde dem Referat AKR zurückgespiegelt. In Bezug auf den Grundbesitzabgabebescheid bestehe ein sehr agiles Kommunikationsteam in der Stabsstelle Klimaschutz. Bereits vor rund zwei Jahren sei von dort ein Schreiben von Herrn Dr. Görres (AfU) dem Grundbesitzabgabebescheid beigelegt worden, in dem bei den Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern für das Thema Gebäudesanierung worden sei. Hierbei sei u. a. auf das kommunale Energiesparprogramm hingewiesen worden. Aus dieser Aktion heraus sei ein Newsletter mit rund 11.000 Abonnentinnen und Abonnenten entstanden. In diesem Jahr sei dieses Verfahren bezüglich der Verschickung des Grundbesitzabgabebescheids ebenso angewendet worden und die Eigentümer*innen seien von ihm zum Thema Elektromobilität/Ladesäulen angeschrieben worden, so Herr Körner. Dieser Kommunikationsweg werde von den zuständigen Kolleginnen und Kollegen sehr gut beschriftet.

Herr Kohlmeyer ergänzt hinsichtlich der externen Vergabe rund um die Organisationsstruktur, es sei nicht vorgesehen, städtische Leistungen extern zu vergeben und somit städtisches Personal obsolet zu machen. Falls das Referat AKR eine externe Vergabe vorschlage, gehe es darum, für diese Organisationsstruktur beispielsweise 20 bis 30 Interviews mit den verschiedenen Organisationseinheiten zu führen. Diese Aufgabe könne nicht neben dem Tagesgeschäft durchgeführt werden und erfordere eine unabhängige und professionelle Herangehensweise einer externen Institution.

BM Pätzold stellt daraufhin die Erladigung des im Betreff aufgeführten Antrags fest.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
S/OB-Mobil
Stabsstelle Klimaschutz

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Referat SOS
 5. Referat JB
 6. *Referat SI*
 7. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 8. Referat T
 9. Amt für Revision
 10. L/OB-K
 11. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand